

Stand: 8. September 2015

Erstattung von Aufwendungen für leistungsberechtigte Personen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (Erstattungserlass)

1. Erstattungsgrundsätze

- 1.1 Nach § 1 Abs. 1 der Erstattungsverordnung vom 24.11.1999 (GVOBl Schl.-H. S.433) erstattet das Land den Kreisen und kreisfreien Städten 70 % der aufgrund der Bestimmungen des Asylbewerberleistungsgesetzes erbrachten notwendigen Leistungen.
- 1.2 Die Kosten der Rückführung sowie der freiwilligen Rückkehr von Personen mit einem Leistungsanspruch nach dem Asylbewerberleistungsgesetz werden vom Land anteilig erstattet, soweit eine Kostenübernahme weder durch den Leistungsberechtigten selbst (bei Minderjährigen durch deren Eltern) oder durch IOM (International Organisation of Migration) erreicht werden kann. Dabei ist die jeweils günstigste zumutbare Transportart zu nutzen. Bei einer Rückreise mit dem PKW können Benzinkosten bis zur Höchstgrenze von 51,20 € pro Person, jedoch nicht mehr als 153,60 € pro PKW übernommen werden. Das Land erstattet diese Kosten zu 70 %. Zielort ist regelmäßig die nächstgelegene Stadt im jeweiligen Herkunftsland.

Des Weiteren werden neben den Transportkosten auch Nebenkosten im Vorfeld der Rückführung bzw. Rückreise anteilig erstattet, sofern sie zur Erfüllung von Einreisevorschriften des Herkunftslandes erforderlich sind und mit der Ausreise im zeitlichen Zusammenhang stehen. Dazu gehören neben den Kosten zur Anreise zum Flughafen, Bahnhof etc., beispielsweise auch Reisekosten zur diplomatischen Vertretung des Herkunftslandes oder Gebühren für die Ausstellung neuer Papiere.

Nicht erstattet werden dagegen Flug- und Fahrtkosten etwaiger Begleitpersonen.

Ebenfalls nicht erstattet werden Kosten für die Unterbringung in Abschiebungshafteinrichtungen.

- 1.3 Eine Erstattung weiterer Aufwendungen erfolgt nur, sofern dieser Erlass es vorsieht.

2. Erstattungshöchstgrenzen für bestimmte Leistungen

Für Empfänger von Leistungen nach § 3 ff. AsylbLG gilt:

- 2.1 (entfallen)

- 2.2 (entfallen)

- 2.3 An Arbeitsentgelten gemäß § 5 AsylbLG erstattet das Land im Einzelfall anteilig höchstens 13,97 € pro Person und Woche. Das wöchentliche Stundensoll bei einem Stundensatz von 1,05 € kann bis zu 19 Stunden (=19,95 €) betragen. Abweichend hiervon erstattet das Land für eine Tätigkeit als Küchenhelferin oder Küchenhelfer in einer anerkannten Gemeinschaftsunterkunft anteilig maximal 18,38 € pro Person und Woche. Das wöchentliche Stundensoll kann in diesen Fällen bis zu 25 Stunden pro Woche (=26,25 €) betragen.

3. Erstattung der Aufwendungen für anerkannte Gemeinschaftsunterkünfte

3.1 Grundsätzliches

Das Land erstattet den Kreisen und kreisfreien Städten die Personal- und Sachkosten anerkannter Gemeinschaftsunterkünfte für die Unterbringung von Asylsuchenden in Höhe von 70%. Anerkannte Gemeinschaftsunterkünfte sollen als kommunale Erstaufnahmeeinrichtungen für Asylsuchende fungieren und die unterzubringenden Personen in die Lage versetzen, sich in dem für sie neuen Lebens- und Kulturbereich zu orientieren und ihr Leben im Rahmen der nachfolgenden dezentralen Unterbringung selbständig zu gestalten. Die Dauer des Aufenthaltes in anerkannten Gemeinschaftsunterkünften soll regelmäßig auf sechs Monate begrenzt sein. Im Hinblick auf die Funktion anerkannter Gemeinschaftsunterkünfte als kommunale Erstaufnahmeeinrichtungen für Asylsuchende haben Kreise und kreisfreie Städte, die eine solche Einrichtung betreiben, ein schriftliches Betreuungskonzept für die unterzubringenden Personen zu erstellen.

Anerkannte Gemeinschaftsunterkünfte müssen über mindestens 40 Unterbringungsplätze verfügen. Sie sollen eine Kapazitätsgrenze von 100 Unterbringungsplätzen nicht überschreiten. Anerkannte Gemeinschaftsunterkünfte sollen grundsätzlich in Trägerschaft der Kreise und kreisfreien Städte betrieben werden. Mit dem Betrieb anerkannter Gemeinschaftsunterkünfte sowie der Betreuung der dort unterzubringenden Personen können die Kreise und kreisfreien Städte auch Dritte beauftragen. Das Tariftreue- und Vergabegesetz Schleswig-Holstein (GVOBl. Schl.-H. 2013 S.

239) ist bei Vergaben an Dritte zu beachten. Bei der Übertragung auf Dritte ist die erforderliche fachliche und soziale Kompetenz von Betreibern und Beschäftigten abzusichern. Grundsätzliche Aufgaben der sozialen Betreuung sind festzulegen. Darüber hinaus ist ein Weisungsrecht der zuständigen Behörde zu regeln.

Um den unterzubringenden Asylbegehrenden die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu erleichtern, sollen anerkannte Gemeinschaftsunterkünfte so gelegen sein, dass sie über eine Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr verfügen und den Zugang zu medizinischen, schulischen und sonstigen Einrichtungen des täglichen Lebens sowie zu integrationsrelevanten Angeboten (Migrationssozialberatung, Sprachkurse, u.ä.) gewährleisten.

Jeder in einer anerkannten Gemeinschaftsunterkunft untergebrachten Person soll eine Mindestfläche von acht Quadratmetern (sechs Quadratmeter für den persönlichen Gebrauch und zwei Quadratmeter Gemeinschaftsfläche) zur Verfügung stehen. Die Wohn- und Gemeinschaftsräume sind zweckmäßig und angemessen auszustatten. Möglichkeiten zur eigenen Verpflegung sollen gegeben sein. Soweit die Platzkapazitäten dies zulassen, soll Nationalitäten, Religionen sowie Alters- und Familienstrukturen Rechnung getragen werden. Familien sind möglichst in abgetrennten Wohneinheiten unterzubringen. Die Unterbringung allein stehender Frauen und allein stehender Männer hat in getrennten Zimmern zu erfolgen. Sofern Kinder in Gemeinschaftsunterkünften wohnen, soll bei Bedarf mindestens ein Spielzimmer in ausreichender Größe und mit entsprechender Ausstattung eingerichtet werden. Schulkindern sollen ausreichend störungsfreie Räumlichkeiten zur Erledigung von Hausaufgaben zur Verfügung stehen. Freiflächen für Sport, Spiel und Erholung (Sitzbänke) sind vorzusehen, sofern nicht in unmittelbarer Nähe entsprechende öffentliche Einrichtungen vorhanden sind.

3.2 Beantragung der Anerkennung von Gemeinschaftsunterkünften

Eine Anerkennung als Gemeinschaftsunterkunft für Asylbegehrende kann nach schriftlicher Antragstellung unter Beifügung der zur Beurteilung des Projektes relevanten Unterlagen (z.B. Mietvertragsentwurf, Kostenschätzungen für die Ein- und Herrichtung, Bauzeichnungen, Betreuungskonzept) erfolgen. Es ist darzulegen, dass die Gemeinschaftsunterkunft, für welche die Anerkennung beantragt wird, den bau- und gesundheitsrechtlichen Bestimmungen und den Vorgaben des Brandschutzes entspricht. Die Anerkennung erfolgt frühestens mit dem Datum des Antragseingangs beim Land.

3.3 Gewährung von Zuwendungen für die Ein- und Herrichtung anerkannter Gemeinschaftsunterkünfte

Eine Erstattung der Kosten für die Ein- und Herrichtung einer Gemeinschaftsunterkunft sowie für Renovierungs- und Umbaumaßnahmen erfordert einen Antrag auf Gewährung einer Zuwendung. Das Innenministerium gewährt nach Maßgabe dieses Erlasses und der VV/VV-K zu § 44 der Landeshaushaltsordnung Zuwendungen als

Projektförderung im Rahmen einer Anteilfinanzierung in Höhe von 70% der zuwendungsfähigen Gesamtausgaben als Zuschuss. Die VV/VV-K zu § 44 der Landeshaushaltsordnung können auf der Homepage des Finanzministeriums (www.schleswig-holstein.de/FM) unter Haushalt und Finanzen – Haushaltsrecht eingesehen werden. Zuwendungen werden grundsätzlich nur bewilligt, wenn mit der Durchführung der Maßnahme noch nicht begonnen worden ist. Ausnahmen von dieser Regelung (vorzeitiger Maßnahmebeginn) bedürfen der Zustimmung des Innenministeriums.

Der Antrag ist unter Verwendung des beigefügten Vordrucks schriftlich an das Innenministerium zu richten. Dem Antrag ist eine Stellungnahme beizufügen, in der Notwendigkeit und Angemessenheit des Vorhabens dargestellt werden. Darüber hinaus sind die maßgeblichen Angebotsunterlagen (Ausschreibungsergebnisse), Leistungsverzeichnisse oder Kostenschätzungen beizufügen. Zuwendungen werden nur gewährt, wenn die Gesamtfinanzierung des Vorhabens einschließlich etwaiger Folgekosten gesichert ist. Ein Finanzierungsplan muss bei der Antragstellung vorliegen.

Für die Bewilligung, Auszahlung und Abrechnung der Zuwendung sowie für den Nachweis und die Prüfung der Verwendung und die ggf. erforderliche Aufhebung des Zuwendungsbescheides und die Rückforderung der gewährten Zuwendung gelten die VV/VV-K zu § 44 LHO i.V.m. der entsprechenden Regelung des Landesverwaltungsgesetzes (§§ 116, 117, 117a LVwG), soweit nicht in diesem Erlass Abweichungen zugelassen worden sind. Insbesondere ist bei Zuwendungen für Baumaßnahmen die fachlich zuständige technische staatliche Verwaltung zu beteiligen, wenn die vorgesehene Gesamtzuwendung von Bund und Ländern 1.000.000 Euro übersteigt.

3.4 Personalkosten

Die anteilige Erstattung von Kosten für das in Gemeinschaftsunterkünften tätige Personal bedarf der vorherigen Anerkennung durch das Land.

3.5 Auswirkungen des Mindestlohngesetzes für das Land Schleswig-Holstein (Landesmindestlohngesetz)

Nach § 2 Abs. 3 in Verbindung mit § 5 des am 28.12.2013 in Kraft getretenen Landesmindestlohngesetzes (GVObI. Schl.-H. 2013 S. 404) gewährt das Land Schleswig-Holstein Zuwendungen nach der Landeshaushaltsordnung nur, wenn die Zuwendungsempfängerinnen und Zuwendungsempfänger ihren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mindestens den festgelegten Mindestlohn von 9,18 € (brutto) pro Zeitstunde zahlen. Im Rahmen der Antragstellung auf Gewährung einer Zuwendung für die Ein- und Herrichtung anerkannter Gemeinschaftsunterkünfte hat die beantragende Behörde deshalb schriftlich zu erklären, dass sie ihren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Sinne des Landesmindestlohngesetzes mindestens den Mindestlohn zahlt.

3.6 Geschäftskostenpauschale

Bei der Betreuung von mehr als zwei Gemeinschaftsunterkünften innerhalb eines Kreises oder einer kreisfreien Stadt durch einen Wohlfahrtsverband werden die zusätzlich anfallenden Verwaltungskosten des Wohlfahrtsverbandes durch Gewährung einer Geschäftskostenpauschale im Rahmen der allgemeinen Erstattungsgrundsätze nach vorhergehender Anerkennung anteilig erstattet.

3.7 Übergangs- und Schlussvorschriften

Für die Zeit ab dem 01.07.2015 gelten Ziffer 3.1 bis 3.6 unter folgenden Maßgaben:

Das Land wird Anerkennungen nur noch für solche Gemeinschaftsunterkünfte für Asylsuchende der Kreise und kreisfreien Städte vornehmen, bei denen der (Erst-) Antrag auf Anerkennung bis zum 06.05.2015 gestellt wurde. Spätere Anträge werden abgelehnt. Dies gilt nicht für Unterkünfte, bei denen das Land die Anerkennung einer Gemeinschaftsunterkunft vor dem 06.05.2015 zugesichert hat.

Bestehende anerkannte Gemeinschaftsunterkünfte für Asylsuchende der Kreise und kreisfreien Städte können grundsätzlich eine Verlängerung der Anerkennung um zwei Jahre erhalten, längstens jedoch bis zum 31.12.2017.

In Abhängigkeit der Ergebnisse des für Ende 2016 vorgesehenen Bilanzgipfels zur Umsetzung des Flüchtlingspakts und der Entwicklung der Zugangszahlen wird das Land zu gegebener Zeit darüber entscheiden, ob eine Verlängerung der Anerkennungen bestehender anerkannter Gemeinschaftsunterkünfte über den 31.12.2017 hinaus bis längstens zum 31.12.2018 ermöglicht werden kann.

Soweit das Land die Her- oder Einrichtung bestehender anerkannter Gemeinschaftsunterkünfte für Asylsuchende der Kreise und kreisfreien Städte fördert oder gefördert hat, wird das Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten die Anerkennung in Absprache mit den jeweiligen Kreisen und kreisfreien Städten unter Berücksichtigung der zeitlichen Bindung der jeweiligen Förderung verlängern.

Ab dem Haushaltsjahr 2016 wird das Land – vorbehaltlich einer anderen Entscheidung des Haushaltsgesetzgebers – für die Her- und Einrichtung anerkannter Gemeinschaftsunterkünfte für Asylsuchende der Kreise und kreisfreien Städte keine Zuwendungen mehr bewilligen. Für die Dauer der Anerkennung können laufende Erhaltungskosten im bisherigen Umfang im Rahmen der Kostenerstattung nach dem Asylbewerberleistungsgesetz geltend gemacht werden.

4. Betreuung dezentral untergebrachter Asylsuchender

4.1 Betreuungskostenpauschale bei dezentraler Unterbringung

Jede Unterbringung von Asylsuchenden außerhalb anerkannter Gemeinschafts-

terkünfte gilt als dezentrale Unterbringung.

Für Asylsuchende, die über eine Aufenthaltsgestattung nach § 55 Abs. 1 des Asylverfahrensgesetzes verfügen und leistungsberechtigt nach dem Asylbewerberleistungsgesetz sind, deren Ehegattinnen oder Ehegatten und deren minderjährige Kinder, wird eine Betreuungskostenpauschale in Höhe von 95,- € pro Quartal und Person **für tatsächlich geleistete Betreuung** als freiwillige Leistung des Landes erstattet. Diese Pauschale ist von der ansonsten geltenden Quotierung ausgenommen.

Die Betreuungskostenpauschale hat das Ziel, insbesondere die folgenden Betreuungsschwerpunkte zu fördern:

- Orientierungshilfen im neuen Wohnumfeld
- Betreuung und Hilfestellung bei Alltagsfragen nach dem Prinzip der Hilfe zur Selbsthilfe
- Vermittlung und Betreuung in Behördenangelegenheiten und ggf. Begleitung zu den Behörden
- Vermittlung von Beratungsangeboten anderer Institutionen und Vereine, insbesondere Vermittlung von migrationsspezifischer Beratung
- Begleitung bei Arztbesuchen
- Vermittlung von Kontakten zur sprachlichen, schulischen und beruflichen Eingliederung
- Förderung sozialer Kontakte
- Vermittlung von Freizeitangeboten
- Zusammenarbeit mit ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern

Die Kreise können die Betreuungskostenpauschale zur Förderung der dezentralen Betreuung in den amtsfreien Gemeinden und Ämtern ganz oder teilweise an diese oder Dritte weitergeben. Letzteres gilt auch für die kreisfreien Städte.

Die Pauschale kann für Personal- und Sachkosten, die im Zusammenhang mit der tatsächlichen Betreuung der Asylsuchenden insbesondere in den genannten Betreuungsschwerpunkten anfallen, verwendet werden.

Die Pauschale darf nicht zur vollständigen oder teilweisen Finanzierung ehrenamtlichen Engagements bei der dezentralen Betreuung Asylsuchender verwendet werden. Entsprechendes gilt für die vollständige oder teilweise Finanzierung der Migrationssozialberatung.

Bei der Berechnung der maximal möglichen Pauschale können alle der vorstehend genannten, zugewiesenen und nach dem Asylbewerberleistungsgesetz leistungsberechtigten Asylsuchenden, die bis zum 31.03., 30.06., 30.09. oder 31.12. des jeweiligen Abrechnungsjahres aufgenommen und **dezentral** untergebracht wurden, berücksichtigt werden (Beispiel: In der Jahresrechnung 2015 werden die Angaben in den Quartalsstatistiken im Jahr 2015 zugrunde gelegt). Zur Ermittlung der maßgeblichen Personenzahl wird ein Durchschnittswert aus den zu den Erhebungsstichtagen

ermittelten Werten gebildet. Die Zahl der Asylsuchenden, deren Ehegattinnen oder Ehegatten sowie deren minderjährigen Kindern **zu Beginn des Jahres** ist mit zu berücksichtigen (Beispiel: Quartalsstatistik 31.12.2014 = 01.01.2015).

Die Neuregelung der Ziffer 4 tritt rückwirkend zum 01.01.2015 in Kraft.

Die Kreise und kreisfreien Städte teilen dem Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten bitte im Rahmen der Vierteljahresstatistik über die Aufnahme und Unterbringung von Leistungsempfängern nach dem Asylbewerberleistungsgesetz zum Stichtag 31.03.2015 mit, ob sie die Betreuungskostenpauschale im Jahre 2015 für Zwecke der dezentralen Betreuung Asylsuchender selbst verwenden bzw. ob sie die Leistung – ggf. anteilig – an die amtsfreien Gemeinden, Ämter und/oder Dritte weiterleiten. Sollte es nach der Meldung zum 31.03.2015 in diesem oder in den Folgejahren hinsichtlich der Verwendung der Betreuungskostenpauschale zu Änderungen kommen, sind diese in der darauf folgenden Vierteljahresstatistik aufzuführen. Bei Bedarf können die Kreise und kreisfreien Städte die benötigten Angaben dem Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten in geeigneter Form auch außerhalb der Meldung zur Vierteljahresstatistik übermitteln.

Der geänderte Vordruck für die Vierteljahresstatistik über die Aufnahme und Unterbringung von Leistungsempfängern nach dem Asylbewerberleistungsgesetz ist erstmals zum Stichtag 31.03.2015 zu verwenden.

4.2 Förderung ehrenamtlichen Engagements bei der dezentralen Betreuung

Im Rahmen der Betreuung dezentral untergebrachter Asylsuchender nach Ziffer 4.1 wird eine Pauschale zur Förderung des ehrenamtlichen Engagements in Höhe von 6,25 € pro Quartal und Person **für tatsächlich geleistete Betreuung** als freiwillige Leistung des Landes erstattet. Diese Pauschale ist von der ansonsten geltenden Quotierung ausgenommen.

Die Pauschale zur Förderung des ehrenamtlichen Engagements hat das Ziel, dieses insbesondere in den unter Ziffer 4.1 benannten Betreuungsschwerpunkten mit Ausnahme des letzten Betreuungsschwerpunktes zu fördern. Gefördert werden können zum Beispiel Aufwandsentschädigungen für tatsächlich entstandene Aufwendungen, Schulungskosten und Fahrtkosten der ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer. Die Pauschale kann nicht zur Abgeltung erlittener Schäden bei der ehrenamtlich wahrgenommenen dezentralen Betreuung verwendet werden. Nicht gefördert werden kann ebenfalls Sprachunterricht durch ehrenamtliche Helferinnen und Helfer. Dieser ist nicht Gegenstand der Betreuung im Rahmen der Ziffer 4.1. Zudem ist die Sprachförderung Gegenstand einer gesonderten Richtlinie über die Förderung von Sprachkursen für Flüchtlinge im Rahmen von Erstorientierung.

Ziffer 4.1 Abs. 4 gilt entsprechend.

Eine Verwendung der Pauschale für die Förderung ehrenamtlichen Engagements zur

vollständigen oder teilweisen Finanzierung von Betreuungsleistungen, die über die Betreuungskostenpauschale gefördert werden, ist nicht zulässig. Soweit die Betreuungskostenpauschale nicht für die nach Ziffer 4.1 förderfähige Betreuung eingesetzt wird, kann sie abweichend von Ziffer 4.1 Abs. 6 zur Förderung von ehrenamtlichem Engagement nach Ziffer 4.2 verwendet werden.

Ziffer 4.1 Abs. 7 bis 10 kommen entsprechend zur Anwendung.

4.3 Übergangs- und Schlussvorschriften

Für die Zeit vom 01.07. bis zum 31.12.2015 gelten Ziffer 4.1, 4.2, 5.1 und 6.1 unter folgenden Maßgaben:

Für am 30. Juni 2015 dezentral untergebrachte Asylsuchende, die am Stichtag über eine Aufenthaltsgestattung nach § 55 Abs. 1 des Asylverfahrensgesetzes verfügen und leistungsberechtigt nach dem Asylbewerberleistungsgesetz waren, deren Ehegattinnen oder Ehegatten und deren minderjährige Kinder, wird eine Übergangspauschale in Höhe von 405 € pro Person für das 3. und 4. Quartal 2015 für tatsächlich geleistete Betreuung als freiwillige Leistung des Landes gezahlt.

Die Übergangspauschale kann über die bisherigen Betreuungsschwerpunkte hinaus auch für ergänzende Betreuungsschwerpunkte der Integrationspauschale verwendet werden.

Die Kreise und kreisfreien Städte teilen dem Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten im Rahmen der Vierteljahresstatistik über die Aufnahme und Unterbringung von Leistungsempfängern nach dem Asylbewerberleistungsgesetz zum Stichtag 30.09.2015 und abschließend zum Stichtag 31.12.2015 mit, ob sie die Übergangspauschale für Zwecke der dezentralen Betreuung Asylsuchender selbst verwenden bzw. ob sie die Leistung - ggf. anteilig - an die amtsfreien Gemeinden, Ämter und/oder Dritte weiterleiten.

Das Land zahlt die Übergangspauschale nach Inkrafttreten dieser Regelung als Einmalzahlung außerhalb der vierteljährlichen Abschlagszahlungen.

Die Regelungen zu 4.3 treten rückwirkend zum 01.07.2015 in Kraft.

Die Regelungen der Ziffer 4.1 und Ziffer 4.2 treten rückwirkend zum 30.06.2015 außer Kraft, die Regelungen zu Ziffer 4.3 zum 31.12.2015. Davon unberührt bleibt die Verpflichtung zur Mitteilung über die Verwendung der Pauschalen und zur endgültigen Abrechnung nach 6.2 des Erstattungserlasses.

5. Erstattungsausschlüsse

- 5.1 Kosten für Sprachförderung und Weihnachtsbeihilfen an leistungsberechtigte Personen nach § 3 ff. AsylbLG werden vom Land nicht erstattet.

- 5.2 Die Kosten der Unterbringung von Minderjährigen in Jugendhilfeeinrichtungen werden vom Innenministerium nicht erstattet. In diesen Fällen richtet sich eine eventuelle Kostenbeteiligung des Landes nach den im Bereich der Jugendhilfe geltenden Vorschriften.

6. Erstattungsverfahren

- 6.1 Das Land zahlt vierteljährliche Abschläge. Die Höhe der Abschlagszahlungen orientiert sich sowohl an der Höhe der Erstattung des Vorjahres als auch an der Kostenschätzung der Kreise und kreisfreien Städte für den jeweils laufenden Abrechnungszeitraum, die vom Land zu Beginn des Monats Oktober erbeten wird.
- 6.2 Der Abrechnungszeitraum entspricht dem Kalenderjahr. Die endgültige Abrechnung der Aufwendungen soll bis zum Halbjahresende für das abgelaufene Kalenderjahr erfolgen und ist nach dem Vordruck des Innenministeriums für die Jahresrechnung durchzuführen.

7. Außerkräfttreten

Der Erstattungserlass vom 2. Januar 1997 wird aufgehoben.